

## Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD

# Entwicklungspolitik

*Globalisierung muss gerecht gestaltet werden, die Schere zwischen armen und reichen Ländern darf nicht weiter auseinanderlaufen. Wir wollen für die Menschen in unseren Partnerländern gute Zukunftsperspektiven schaffen. Diese Ziele haben wir im Koalitionsvertrag festgehalten. Dafür sind Frieden und Sicherheit, gute Regierungsführung, gute Bildung, gute Gesundheitssysteme und gute Arbeit die Grundlagen. All das ist in der auch für Deutschland gültigen UN-Agenda 2030 niedergeschrieben, die wir jetzt beginnen, umzusetzen. Das ist pure sozialdemokratische Politik.*

### Auf einen Blick:

- UN-Agenda 2030 mit Nachhaltigkeitszielen als Richtschnur deutscher Politik
- Fairer Handel: EU-Handelsabkommen nur mit verbindlichen und überprüfbaren Sozial-, Menschenrechts- und Umweltstandards
- Verantwortung der Unternehmen für die Einhaltung der Menschenrechte (NAP): gesetzliche Maßnahmen, wenn Freiwilligkeit nicht weiterhilft
- Ausgaben für Entwicklungspolitik steigen 1:1 mit Ausgaben für Verteidigung.

## GLOBAL GÜLTIGE UN-AGENDA 2030 ALS RICHTSCHRUR DEUTSCHER POLITIK - BEGINN DER UMSETZUNG DER 17 NACHHALTIGKEITSZIELE

**DAS HABEN WIR ERREICHT:** Wir haben die UN-Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen als Richtschnur der deutschen Politik festgeschrieben.

**DAS BEDEUTET:** In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen sind 17 Nachhaltigkeitsziele festgeschrieben, die für Deutschland genauso wie für alle anderen 192 Unterzeichnerstaaten gelten, u.a. Armut bis 2030 zu beenden. In der Entwicklungszusammenarbeit werden wir die Partnerländer bei der Zielerreichung bis 2030 unterstützen. Deutschland muss die Ziele im eigenen Land umsetzen. Dabei müssen wir eine internationale Vorreiterrolle einnehmen, denn wer, wenn nicht wir, sind in der Lage, die Ziele zu erreichen und zu einer gerechteren Welt beizutragen.

## FAIRER HANDEL IN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTSABKOMMEN - VERBINDLICHE ÜBERPRÜFUNG INTERNATIONALER STANDARDS

**DAS HABEN WIR ERREICHT:** Wir werden in allen künftigen EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen die verbindliche Einhaltung international anerkannter Sozial-, Menschenrechts- und Umweltstandards mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbaren. Dies gilt auch für Produkte aus Entwicklungs- / Schwellenländern, für die kein bzw. ein reduzierter Einfuhrzoll entrichtet werden muss.

**DAS BEDEUTET:** Wer Handel mit Europa treiben will, der muss sich seinerseits an international anerkannte Standards, wie z. B. die ILO-Kernarbeitsnormen, halten. Kinderarbeit und ausbeuterische Arbeit soll damit ein Ende gesetzt werden. Menschenunwürdiger Arbeit in Minen und Fabriken werden wir damit wirkungsvoll begegnen, denn erstmals haben wir gegen große Widerstände bei der Union durchgesetzt, dass wir künftig Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen in EU-Abkommen zum Beispiel mit Afrika durchsetzen wollen. Dies ist ein besonderer Erfolg, denn einflussreiche Wirtschaftsverbände bekämpfen diese Mechanismen bisher auf allen Ebenen erfolgreich. Die Vermeidung von geringen Bürokratiekosten ist Ihnen wichtiger als menschenwürdige Arbeit.

## SCHÄRFUNG DES NATIONALEN AKTIONSPLANS WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE - GESETZLICHE MAßNAHMEN, WENN FREIWILLIGKEIT NICHT WEITERHILFT

**DAS HABEN WIR ERREICHT:** Wir haben die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) wesentlich konsequenter gestaltet. Sollte sich bei einer Überprüfung 2020 herausstellen, dass die Wirtschaft ihre freiwilligen Ziele verfehlt, werden jetzt gesetzliche Maßnahmen die Folge sein. Bisher sollten diese Maßnahmen nur eventuell geprüft werden.

**DAS BEDEUTET:** Wir wollen, dass deutsche Unternehmen mehr Verantwortung dafür tragen, dass in ihren globalen Produktions- und Lieferketten die Menschenrechte eingehalten werden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Dafür gibt es einen Nationalen Aktionsplan, der bisher aber vor allem auf Selbstverpflichtungen der Wirtschaft setzte. Jetzt können wir den erforderlichen Druck aufbauen, damit er auch eingehalten wird. Wirtschaftslobbyisten wollten in engem Verbund mit der CDU/CSU den NAP zu einem zahnlosen Tiger machen. Wir haben dagegen gekämpft und stärken nun die Kraft des NAP. Wer sich nicht freiwillig um die Einhaltung von sozialen Mindeststandards entlang seiner globalen Lieferkette kümmert, der muss sich jetzt auf gesetzliches Handeln gefasst machen. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu guten Arbeitsbedingungen weltweit.

## FRAUEN IN KRISENSITUATIONEN SCHÜTZEN UND STÄRKEN -

### UMSETZUNG DES ZWEITEN NATIONALEN AKTIONSPLAN ZUR UN-RESOLUTION 1325

**DAS HABEN WIR ERREICHT:** Wir werden den zweiten Nationalen Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ umsetzen.

**DAS BEDEUTET:** Die UN-Resolution 1325 soll die Beteiligung von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbeseitigung und Friedenskonsolidierung stärken. Zur Umsetzung des zweiten Nationalen Aktionsplans zu dieser Resolution werden wir konkrete Maßnahmen ergreifen. Dabei werden wir die Zielerreichung regelmäßig unter Beteiligung der Zivilgesellschaft überprüfen. Damit setzen wir uns für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt in bewaffneten Konflikten ein.

## ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG SICHERN -

### ABSINKEN DER ODA-QUOTE MUSS VERHINDERT WERDEN

**DAS HABEN WIR ERREICHT:** Wir haben festgelegt, dass zusätzliche Haushaltsmittel prioritär für Verteidigung und öffentliche Entwicklungspolitik im Verhältnis 1:1 verwendet werden. Das Erreichen einer ODA-Quote (Anteil der Wirtschaftsleistung, der für Entwicklungspolitik ausgegeben wird) von 0,7 Prozent des BIP bleibt unser Ziel.

**DAS BEDEUTET:** Wir haben mit der Koppelung der Verteidigungsausgaben zu ODA-fähigen Ausgaben den Gedanken einer umfassenden Friedens- und Sicherheitspolitik im Koalitionsvertrag festgelegt. Denn Frieden sichern wir gleichermaßen mit Sicherheitsausgaben und Entwicklungszusammenarbeit. Die Entwicklungsfinanzierung ist damit gesichert und ein Absinken der ODA-Quote für 2017 von 0,52 (ohne die Einberechnung der Kosten für Geflüchtete in Deutschland für die ersten 12 Monate) muss damit verhindert werden.